

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

## DIE LINKE: Für mehr Gerechtigkeit – Gegen die Ausweitung des Niedriglohnsektors

Immer mehr Menschen schuften für wenig Geld. Über sieben Millionen Menschen arbeiten zu Niedriglöhnen. Davon sind fast vier Millionen arm, obwohl sie in Vollzeit arbeiten. Sie erhalten weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns. Damit kommt man kaum über die Runden. Kinder ernähren, für das Alter vorsorgen, am sozialen Leben teilnehmen wird zum Luxus. Ein Leben in Würde sieht anders aus.

### **DIE LINKE: Armut trotz Arbeit verhindern**

Als Wachschränkerin, Kellnerin, Friseurin zu arbeiten, darf nicht arm machen. Deshalb ist ein Mindestlohn von mindestens 8 Euro pro Stunde notwendig. Das Netto-Entgelt bei Vollzeit läge dann mindestens auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von derzeit 985 Euro. Das ist nicht viel. Deshalb sind 8 Euro brutto auch nur der Anfang: Um Armut trotz Arbeit zu verhindern, muss der Mindestlohn in schnellen Schritten angehoben werden.

### **DIE LINKE: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

Ein gesetzlicher Mindestlohn trägt dazu bei, die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern zu verringern. Frauen arbeiten häufig in Branchen, in denen Niedriglöhne gezahlt werden. Gerade im Dienstleistungsbereich, im Gesundheits- und Pflegesystem, sind die Anforderungen und der gesellschaftliche Nutzen der Arbeit hoch, die Bezahlung dagegen oft miserabel. 70 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind weiblich, 2,7 Millionen Frauen beziehen trotz Vollzeitbeschäftigung Armutslöhne. Hinzu kommt ein großer Anteil Frauen, die zu Niedriglöhnen in Teilzeit arbeiten. Der gesetzliche Mindestlohn bekämpft die schlimmsten Auswirkungen dieser Diskriminierung. Er ist ein wichtiger Schritt in Richtung gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

### **DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von zunächst mindestens 8 Euro!**

## DIE LINKE: Für gute Arbeit – Gegen Lohndumping

Ein Mindestlohn nützt allen Beschäftigten. Er zieht eine Lohn-Untergrenze ein. Löhne, die darunter liegen, sind illegal. Der Mindestlohn ist eine Art Notwehr gegen den massiven Druck auf Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die regierenden Parteien organisieren diesen Druck seit Jahren, indem sie Schutzregelungen aufweichen und abschaffen. Besonders die Regierung Schröder/Fischer – mit tatkräftiger Hilfe von CDU/CSU und FDP – hat den Niedriglohnsektor ausgeweitet. Die Hartz-Gesetze erpressen Beschäftigte und Erwerbslose: Löhne und Arbeitsbedingungen werden durch Mini- und Midi-Jobs und die Ausweitung der Leiharbeit gedrückt. Wer die Arbeit verliert, bekommt nur noch ein Jahr lang Arbeitslosengeld. Danach gibt's Hartz IV. Für Hartz IV-Beziehende wiederum gilt fast jede Arbeit als zumutbar. Sie sind gezwungen, jeden Job zu beliebig niedrigen Löhnen anzunehmen. Diese Maßnahmen erhöhen den Druck auf die Beschäftigten. Viele von ihnen nehmen Verschlechterungen hin aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die Kampfkraft der Belegschaften sinkt und für die Gewerkschaften wird es immer schwieriger, höhere Löhne durchzusetzen.

Für DIE LINKE ist klar: Ein wirksamer Schutz vor Niedrig- und Hungerlöhnen ist nur mit einem gesetzlichen Mindestlohn möglich. Und: Wer Arbeit in Würde will, muss zuerst die Hartz-Politik bekämpfen.

### **DIE LINKE bleibt dabei: Hartz IV muss weg! Gute Arbeit muss her!**

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

Für gute Arbeit und einen gesetzlichen Mindestlohn

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G



# DIE LINKE: Für gute Arbeit und einen gesetzlichen Mindestlohn

DIE LINKE macht Druck für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro brutto – gemeinsam mit Betroffenen, Beschäftigten, Gewerkschaften und der Mehrheit der Bevölkerung, die den Mindestlohn befürwortet. Seit mehr als einem Jahr führt sie ihre Mindestlohn-Kampagne. Und sie hat einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem sie konkret erläutert, wie ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden sollte.

## CDU/CSU und SPD: Kosmetik statt Mindestlohn

Auch SPD und Grüne behaupten, sie seien für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die SPD sammelt dafür sogar Unterschriften. Dass sie es mit ihrer eigenen Forderung nicht ernst meint, hat sie im Juni 2007 gezeigt: Im Bundestag stimmte sie gegen einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, der wortgleich den SPD-Unterschriftentext aufgriff. Und: Weder SPD und Grüne noch CDU/CSU und FDP sind bereit, die Ursachen von Niedriglöhnen zu beseitigen. So weigern sie sich alle, die Maßnahmen der Vorgängerregierung Schröder/Fischer zurückzunehmen, die zur Absenkung der Löhne führten. Stattdessen haben sich Union und SPD auf einen faulen Kompromiss geeinigt – und den einheitlichen, flächendeckenden und Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn begraben.

### CDU/CSU und SPD: Kein einheitlicher Mindestlohn

Die Regierung plant ein Mindestarbeitsbedingungs-gesetz und will das Entsendegesetz ausweiten. Damit sollen die untersten Tariflöhne für alle Beschäftigten einer Branche als Mindestlöhne festgeschrieben werden. Das ist Kosmetik: Die Mindestlohnregelungen beziehen sich dann nur auf sehr wenige Branchen. Die Koalition verhindert damit einen einheitlichen Mindestlohn, der alle Beschäftigten gleichermaßen vor Armut bewahrt.

### CDU/CSU und SPD: Kein flächendeckender Mindestlohn

In das Entsendegesetz werden nur Branchen aufgenom-men, für die bundesweite Tarifverträge mit einer Tarifbindung von mindestens 50 Prozent gelten. In den meisten Branchen wird dieses Quorum jedoch nicht erfüllt, sie werden von der Regelung ausgeschlossen. Das Ergebnis: Die Beschäftigten in Call-Centern, im Friseurhandwerk oder im Bewachungsgewerbe gehen

leer aus. Auch das Mindestarbeitsbedingungs-gesetz, das für Branchen ohne bundesweiten Tarifvertrag gelten soll, kann keine flächendeckende Mindestlöhne in Deutschland durchsetzen: Die Regelungen sind mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden; ob die Vielzahl der Mindestlöhne auf regionaler Ebene tatsächlich eingehalten wird, lässt sich nicht kontrollieren.

### CDU/CSU und SPD: Kein Existenz sichernder Mindestlohn

Die Regierung bekämpft Armutslöhne nicht wirksam. Die Gewerkschaften im Niedriglohnsektor sind nicht stark genug, um gegenüber den Arbeitgeberverbänden gute Löhne durchzusetzen. Doch weiterhin sollen die Tarifparteien die Höhe der Mindestlöhne aushandeln, die über das Entsendegesetz festgeschrieben werden. Das ist absurd. Tatsächlich verzichtet die Regierung darauf, Existenz sichernde Löhne durchzusetzen.

### DIE LINKE fordert einen einheitlichen, flächendeckenden und Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn!



**Ja:**

Ich will mehr Informationen über die parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

- Ja, ich will den E-Mail-Newsletter der Fraktion DIE LINKE erhalten.
- Ja, ich will die Arbeit der Fraktion DIE LINKE aktiv unterstützen.

HERR/FRAU/TITEL

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

E-MAIL

Fraktion DIE LINKE  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Bitte senden Sie uns Ihre Angaben ausgefüllt entweder in einem Fensterkuvert oder per Fax an: 030/22 75 61 28

August 2007, Mindestlohn